

Alfred Hürlimann tritt zurück.

An der ordentlichen Kirchgemeindeversammlung Winterthur Stadt hat der Kirchengutswalter Thomas Grosserode die Jahresrechnung 2005 und die Bauabrechnung der Innenrenovation des Kirchgemeindehauses der Jahre 2003 bis 2005 vorgelegt. Beide Rechnungen bewegen sich im Rahmen der Budgets, und beide wurden von der Versammlung genehmigt. Die Jahresrechnung weist bei einem Aufwand von 3,366 Millionen Franken einen Einnahmen-Betrag von 1,268 Millionen Franken aus und beansprucht damit einen Steueranteil von 2,097 Millionen, rund 12 000 Franken weniger als budgetiert. Für die Innenrenovation des Kirchgemeindehauses an der Liebestrasse waren

2003 an der Urne 2,75 Millionen Franken bewilligt worden. Es ist indes gelungen, das Haus zu erneuern, es technisch nachzurüsten und dabei eine Kostenüberschreitung zu vermeiden. Auch das ist, neben dem Bau selber, ein Verdienst von Alfred Hürlimann, der seit 20 Jahren als Präsident der Baukommission gewirkt und zuletzt diesen Bau verantwortet hat. Nun aber tritt Hürlimann zurück. An der Versammlung wurde sein selbstloser Einsatz gewürdigt und gebührend verdankt. Die Präsidentin Elsa Wolfensberger konnte ausserdem mitteilen, dass die Kirchenpflege einen neuen Jugendarbeiter gefunden und gewählt hat, der im Sommer mit dem Aufbau einer kirchlichen Jugendarbeit beginnen wird. Ausserdem gab die Präsidentin

in Beantwortung einer Anfrage der Anwesenden ausführlich Auskunft über den Tössfeldsaal an der Unteren Briggerstrasse, der einer Überbauung weichen soll, und sie verwies dabei auch auf einen soeben erschienenen Zeitungsartikel. Wie Saal und Büro im Tössfeld ersetzt werden sollen, hat die Kirchenpflege noch nicht entschieden. Joachim Mantel, der Initiant und Architekt des Neubaus, erläuterte seinerseits die Absichten: Mit den Studentenwohnungen und dem Einbau eines Saals soll auf dem Areal für die Stadt und für das Quartier ein neuer und nachhaltiger Gemeinnutzen entstehen.

Ulrich Schelling, Aktuar der Kirchgemeinde Winterthur Stadt.

Kein Stimmrecht für Ausländer.



Intermezzo.

Der Regierungsrat will das Stimm- und Wahlrecht für langjährige niedergelassene Ausländer im Kanton Zürich einführen. Und dies, obwohl sich der Verfassungsrat bei der Behandlung der neuen Kantonsverfassung, welche kürzlich vom Volk angenommen wurde, klar gegen die Einführung eines Ausländerstimm- und -wahlrechts ausgesprochen hat.

Mit der Demokratie scheint es nicht sehr weit her zu sein im Regierungsrat. Oder anders gesagt, versucht der Justizdirektor, sein politisches Integrationsprogramm durchzuführen. Zwar wird uns dies so verkauft, dass die Gemeinden nur ermächtigt, aber nicht verpflichtet werden, das Stimmrecht für Ausländer einzuführen. Was Winterthur blüht, wenn der

Kantonsrat diese Einzelinitiative unterstützt, ist klar. Es kann davon ausgegangen werden, dass langjährige niedergelassene Ausländer gut in der Schweiz integriert sind. Viele wollen sich nicht einbürgern. Dies kann verschiedene Gründe haben: Vielen ist es egal, Einzelne können keine Doppelbürgerschaften besitzen und möchten den anderen Pass nicht hergeben, andere leben hier, partizipieren aber nicht an der Gesellschaft.

Die Spielregeln für eine Einbürgerung sind klar, und wenn diese erfüllt werden, kann jeder Ausländer ein Einbürgerungsgesuch stellen, falls er dies will. Wenn er eingebürgert wird, darf er auch mitbestimmen. Bis jetzt wurde dies meiner Meinung nach gut akzeptiert, auch von den Ausländern. Denn ein Schweizer Pass bringt nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten mit sich. Mit einem Ausländerstimmrecht würden Ausländern nur Rechte eingeräumt, aber keine Pflichten auferlegt, wie beispielsweise Militärdienst. Ein Schweizer Bürger wäre einem Ausländer gegenüber sogar schlechter gestellt.

Leute kommen aus den verschiedensten Gründen in die Schweiz. Ich habe die Erwartung, dass man sich

den hiesigen Gepflogenheiten anpasst und, falls eine Niederlassung geplant ist, Deutsch lernt. Die Defizite, die wir in der Integration haben, sind enorm. Ich unterlasse hier ausdrücklich Beispiele zur Romafamilie oder zum Nichteinhalten von Gesetzen in Moscheen, sonst heisst es ja eh wieder nur, die SVP setzt auf Polemik. Deshalb lasse ich's einfach weg. Aber bei diesen offensichtlichen Problemen hilft auch das Stimmrecht für Ausländer nicht weiter. Integrationsprojekte gibt es schon mehr als genug. Die Frage ist nur, was diese nützen.

Wenn es in Winterthur zweisprachige Ferienkurse mit Kindern mit zehn Muttersprachen gibt, frage ich mich, ob es nicht viel gescheiter wäre, wenn sich diese Kinder in normalen Vereinen engagieren und sich so in der Gesellschaft integrieren und Deutsch lernen würden? Wieso sollen sich Ausländer überhaupt noch integrieren, wenn ihnen das Stimmrecht so oder so nach einer bestimmten Zeit gewährt wird? Im Gegenteil, das Ausländerstimmrecht diskriminiert gar all die Ausländer, die sich erfolgreich integrieren und Schweizer-Bürger werden wollen.

Natalie Rickli, SVP-Gemeinderätin.

Werbung:

Sanitätsgeschäft
Beck AG



Stadthausstrasse 12b, Winterthur, Fitness - Gymnastik - Sport -
Gesundheits- und Krankenpflege - Vorsorge und Rehabilitation